

NEUE SCHRIFTEN ZUR VERWALTUNGSRECHTSWISSENSCHAFT

Band 12

Jonas Hyckel

Prozessökonomie

Theorie und Methodik effizienter Rechtserkenntnis
im Verwaltungsprozess



Nomos

Band 12

Neue Schriften zur Verwaltungswissenschaft



Nomos

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Burgi, Universität Bochum

Prof. Dr. Friedrich Schoch, Universität Freiburg

Prof. Dr. Andreas Voßkuhle, Universität Freiburg

Jonas Hyckel

Prozessökonomie

*Theorie und Methodik effizienter Rechtserkenntnis
im Verwaltungsprozess*

Nomos Verlagsgesellschaft

Dr. Jonas Hyckel, geb. 1990 in Gera, Studium der Rechtswissenschaften an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 1. Staatsexamen 2014, Promotion 2019, seit 2019 Rechtsreferendariat im Bezirk des OLG Celle.

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG Wort.



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Jena, Univ., Diss., 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020

Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier gedruckt und fadengeheftet.

ISBN 978-3-8487-6452-5 (Print)

ISBN 978-3-8452-0576-9 (ePDF)

Für
Antje Hyckel,
Edelgard Keil und
Jakob Hyckel

Vorwort

Die Prozessökonomie ist ein in der Rechtspraxis gut etablierter, nicht selten zur Verfahrensmaxime erklärter Auslegungstopos des Prozessrechts. Verschlagwortet als Verfahrensoptimierung zählt sie sicher zu den Qualitätsmerkmalen der Rechtsprechung, tritt in ihrer Verwendung allerdings höchst zufällig, konturlos, heuristisch in Erscheinung: als prozessualer Schlüsselbegriff, mal als Tapetentür, vielfach als nichttragende Reservebegründung einer im weiten Sinne rational verstandenen, kostenbewussten Rechtsverwirklichung. Dass die Prozessökonomie damit ein Mystikum des Rechtsanwenders blieb, das ernstzunehmenden Einwänden aus der Wissenschaft begegnen musste, ist die zwangsläufige Konsequenz. Kritiker erkennen in ihr den Ausverkauf von Verfahrensgarantien, eine systemfremde Strategie der Arbeitsvermeidung und Rechtsschutzverweigerung, die sich auch als Motiv in der Gesetzgebung rechtsstaatlich verdächtig mache. Die Illegalisierung des Prinzips setzt die seit jeher bestehenden Reserven gegenüber der Berücksichtigung fiskalischer Interessen in der Rechtsanwendung fort.

In diesem Spannungsfeld steht die vorliegende Abhandlung. Sie will das Verhältnis von Rechtsschutzeffizienz und Rechtsschutzeffektivität ausgehend von einer Positionsbestimmung der Effizienz im Recht als Rechtsprinzip klären, um aus diesem begriffstheoretischen Rahmen die Methodik ökonomischer Steuerung der Rechtsprechung im verfassungsrechtlich determinierten, einfachgesetzlichen Prozessrecht zu entwickeln und praktisch zu erproben.

Die Arbeit wurde im Wintersemester 2019/2020 von der Juristischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena als Dissertation angenommen. Sie ist während meiner Assistenz Tätigkeit bei meinem verehrten Doktorvater Herrn Professor *Dr. Michael Brenner* entstanden. Für die spannende und lehrreiche Zeit an seinem Lehrstuhl für Deutsches und Europäisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht seit meinem vierten Studiensemester, die Gewährung aller Freiheiten und die Förderung meines Interesses an der Wissenschaft bin ich ihm sehr verbunden. Auch Frau Professor *Dr. Anna Leisner-Egensperger* danke ich für ihr Interesse an der Dissertation und die freundliche sowie ausführliche Zweitbegutachtung.

Die Arbeit hätte in der Form nicht ohne die vielfältigen Eindrücke und Erkenntnisse geschrieben werden können, die ich seit 2009 bei den verschiedensten juristischen Veranstaltungen, Praktika, wissenschaftlichen Projekten insbesondere an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, am Thüringer Landtag, in der Thüringer Justiz sowie am Thüringer Rechnungshof gewinnen durfte. Stellvertretend für viele danke ich Herrn Professor *Dr. Christian Fischer*, dessen kritischen, aber gleichzeitig unterhaltsamen Bezugnahmen auf die Prozessökonomie im Rahmen seines Kurses zum Zivilprozessrecht diese Arbeit inspirierten. Über seine Mitwirkung in der Prüfungskommission habe ich mich gefreut.

Besonders wichtig aber war mir der Rückhalt vieler Freunde und Kollegen, die mich während der Studien- und Assistentenzeit begleiteten und diese Zeit so wunderbar vergnüglich sowie abwechslungs-, erlebnis- und erfahrungsreich werden ließen. Die letzten zehn Jahre waren in jeder Hinsicht, fachlich wie privat eine großartige Bereicherung, die ich niemandem mehr verdanke als *Söhnke Eisele*, mit dem mich seit dem ersten Semester eine tiefe Freundschaft verbindet. Dafür, dass er sich die Mühe machte, die Arbeit zu lesen und mit wertvollen Hinweisen zu versehen, danke ich ihm herzlich – ebenso meinem langjährigen Kollegen am Lehrstuhl *Dr. Timo Arnold*. Auch ihm bin ich für seine Anmerkungen und Ratschläge schon während des Schreibprozesses sehr dankbar!

Mein größter Dank gilt jedoch meiner lieben Familie: meiner Mutter *Antje Hyckel*, meiner Großmutter *Edelgard Keil* sowie meinem Bruder *Jakob Hyckel*. Auf ihre bedingungslose Hilfsbereitschaft und Großzügigkeit habe ich jederzeit in jeder Hinsicht und Situation zählen können. Ihnen verdanke ich alles, was mir wichtig ist. Ihnen widme ich dieses Buch.

Weimar/Lüneburg, Dezember 2019

Jonas Hyckel

Inhaltsverzeichnis

Einführung	23
I. Hintergrund der Untersuchung – Eine Problemskizze	24
1. Manöverkritik	24
2. Effizienz in der Praxis – Mehr Intuition als Präzision	27
3. Der Effizienztrend	29
4. Zur Anerkennung der Prozessökonomie	30
5. Effizienz als Qualitätsmerkmal der Rechtsprechung – Anspruch und Wirklichkeit	32
a) Anspruch	32
b) Wirklichkeit	33
6. Multikausale Ineffizienz	34
7. Legislative Steuerungsansätze und ihre Grenzen	37
8. Zwischenstand	41
II. Untersuchungsgegenstand	42
1. Untersuchungsziel	42
a) Eine Begriffstheorie	42
b) Die Methodik der Methode	43
2. Untersuchungsang	44
3. Auslassungen	45
III. Stand der Wissenschaft	46
Teil I. Effizienz im Recht – Effizienz als Rechtsprinzip	51
§ 1 Effizienz – Eine Begriffsgrundlegung	53
A. Inhalt und tradiertes Verständnis	53
I. Grundannahme	53
1. Das Minimal- und Maximalprinzip	53
2. Das Extremumprinzip	54
3. Folge	54
II. Abgrenzung zum wirtschaftswissenschaftlichen Effizienzbegriff	55
1. Die wirtschaftswissenschaftliche Konzeption im Überblick	55
2. Die wesentlichen Unterschiede	56
III. Schlussfolgerung	57

B. Zweckbindung und Wertungsoffenheit der Effizienz	57
C. Abgrenzung zur Effektivität	58
§ 2 Effizienz im Staat	61
A. Konkretisierung und Anwendung des Effizienzbegriffs	61
I. Staatszwecke und Leistungsfähigkeit des Normprogramms	61
II. Aufwand	63
1. Zeit und Geld als maßgebender Aufwand	63
2. Weitere Parameter des wirtschaftlichen Kostenbegriffs (?)	65
a) Meinungsbild	65
b) Würdigung	66
III. Die Kosten-Nutzen-Relation: Der Inhalt der Effizienzbetrachtung	68
1. Charakterisierung: Formalität und Zweckakzessorietät	69
a) Der formale Charakter der Effizienz	69
b) Zweckakzessorietät	70
2. Normative Effizienzchancen	73
a) Primäre Effizienz	73
aa) Kennzeichen und Beispiele	73
(1) Effiziente Zuständigkeitsbestimmungen und Verfahrenskonzentration	74
(2) Beschleunigende Vorschriften zur Verfahrensbeteiligung	74
(3) Restriktionen staatlicher Kontrolle	75
(4) Der beamtenrechtliche Grundsatz der Bestenauslese nach Art. 33 Abs. 2 GG	75
(5) Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit im Vergaberecht	76
(6) Zusammenfassung	76
bb) Wirkungsweise	76
b) Sekundäre Effizienz	77
aa) Optionale und obligatorische Ziele	78
(1) Optionales Ziel	78
(2) Obligatorisches Ziel	82
bb) Grenzen	85
cc) Schlussfolgerungen und Wirkungsweise	88
(1) Prüfung des Ermessens und der Effizienzkompatibilität	88

(2) Selektion der Normanwendung mit dem geringsten Ressourceneinsatz oder dem höchsten Ergiebigkeitsgrad	89
(3) Prüfung der Angemessenheit der Mittelverwendung im engeren Sinne (?)	90
3. Weitere spezifische Kenngrößen der Effizienz	94
a) Der Begünstigtenkreis der Effizienz	95
b) Verbindlichkeit, Kontrolle und Sanktionsmechanismen	97
c) Effizienzmessung, Wirkungsformen und Realisierungskonzepte	102
B. Normativer Standort der Effizienz	106
I. Der formale Geltungsgrund der Effizienz – Das Haushaltsrecht	107
1. Rechtsgrundlagen	107
a) Originär haushaltsrechtliche Bestimmungen	107
b) Ergänzende Vorschriften	108
2. Adressaten der haushaltsrechtlichen Effizienzbindung	109
3. Die Außenwirkung des Haushaltsrechts	110
II. Der sachliche Geltungsgrund der Effizienz	113
1. Schnelle und günstige Normerfüllung im Spannungsfeld zwischen Effektivität und Effizienz	113
a) Zeitlich adäquater Normvollzug	113
aa) Zügiger Normvollzug als Vorgabe der Effektivität	113
bb) Zügiger Normvollzug als Vorgabe der Effizienz	116
cc) Unterschiede und Konvergenz der zwei Geschwindigkeiten	117
(1) Unterschiede	117
(2) Gemeinsamkeiten	123
b) Kostenangemessener Normvollzug	123
c) Zwischenergebnis	125
2. Struktursicherung staatlicher Leistungsfähigkeit im Kontext des Demokratie- und Rechtsstaatsprinzips	125
3. Effizienz im Dienst des Gemeinwohls, der Sicherung von Flexibilität und Rationalität	128
4. Weitere grundrechtlich fundierte Geltungsgründe der Effizienz	129
a) Effizienz als Vorgabe bei der Vergabe begrenzter Ressourcen ...	130
b) Effizienz als Rechtfertigungskriterium der Abgabenerhebung ...	131
5. Ableitung der Effizienz aus dem Verhältnismäßigkeitsprinzip (?) ...	132
III. Ergebnis	134
C. Typologie und Wirkmodus des Effizienzprinzips	135

I. Meinungsbild über die Anerkennung und Klassifizierung der Effizienz als Prinzip	136
1. Befürwortung des Effizienzprinzips	136
2. Ablehnung des Effizienzprinzips	138
II. Stellungnahme	139
1. Die Effizienzbefürworter	139
2. Die Effizienzkritiker	140
III. Die Wirkung und Klassifizierung der Effizienz als Rechtsprinzip ...	141
1. Die Wirkung der Effizienz im Recht	141
a) Die Wirkung der primären Effizienz	142
b) Die Wirkung der sekundären Effizienz	142
2. Die Effizienz als Prinzip	144
a) Typologie des Prinzips	145
aa) Die Prinzipienklassifizierung einer Norm auf Grundlage ihrer Allgemeinverbindlichkeit	145
bb) Der Prinzipienbegriff auf Grundlage Alexys und Dworkins Trennungsthese	146
b) Bewertung der Ansätze und Zuordnung der Effizienz	148
aa) Ablehnung des Prinzipienbegriffs nach Alexy und Dworkin	148
bb) Präferenz des Generalitätskriteriums	149
cc) Kompatibilitäten und Unvereinbarkeiten	150
(1) Zuordnung der Effizienz zum generalisierenden Prinzipienbegriff	150
(2) Unverträglichkeit der Effizienz mit Alexys und Dworkins Prinzipiendefinition	151
(3) Ergebnis und Rückkehr zum generalisierenden Prinzipienbegriff	153
IV. Ergebnis	153
D. Ergebnis – Effizienz im Staat	154

Teil II. Effizienz im Verwaltungsprozessrecht – Verwaltungsgerichtliche Prozessökonomie	157
§ 3 Die Prozessökonomie – Anschlussüberlegungen an die Konkretisierung des allgemeinen staatlichen Effizienzprinzips ...	159
1. Abschnitt. Analyse und Synthese der Prozessökonomie	161
§ 4 Der (Verwaltungs-)Gerichtsprozess: Rechtsstaatliche Funktionen und ihre Verwirklichung	163
A. Die Verwirklichung rechtswegübergreifender Prozesszwecke – Zu den Zielen der Rechtsprechung	163
I. Die Rechtsprechung	163
II. Rechtswegübergreifende Verfahrensziele	165
1. Die Prozesszwecke im Überblick	165
2. Die „dienende Funktion“ des Gerichtsverfahrens (?)	166
3. Die Prozesszwecke im Einzelnen	170
a) Letztverbindliche Rechtsverwirklichung	170
aa) Feststellung und Durchsetzung der Rechtsordnung	171
bb) Prüfungsmaßstab und Verfahrensgegenstand	172
(1) Subjektives Recht	172
(2) Objektives Recht	174
cc) Wahrheit und Gerechtigkeit	186
b) Rechtsfrieden und Rechtssicherheit	189
aa) Rechtsfrieden	191
(1) Kennzeichen und Anerkennung als Prozesszweck	191
(2) Rechtsfrieden und Akzeptanz	195
(3) Rechtsfrieden im subjektiven und objektiven Interesse	196
bb) Rechtssicherheit	196
(1) Kennzeichen	196
(2) Rechtssicherheit im subjektiven und objektiven Interesse	197
c) Rechtsfortbildung	200

III. Die ausgleichende Verwirklichung der Verfahrensziele – Die Konstitution des effektiven, rechtsstaatlichen Rechtsschutzsystems	203
1. Präliminarien der Zielkoordinierung	203
a) Der Zugangsanspruch zum Prozess	207
b) Rechte im Prozess	209
aa) Die Unabhängigkeit und Neutralität der Gerichtsbarkeit ...	209
bb) Das Recht auf den gesetzlichen Richter	210
cc) Der Anspruch auf rechtliches Gehör und eine im Grundsatz umfassende Sach- und Rechtsprüfung	210
dd) Zeitangemessener Rechtsschutz	212
ee) Der Anspruch auf bezahlbaren und kostenangemessenen Rechtsschutz	213
c) Organisatorische Funktionsbedingungen der Prozessgarantien – Zur Funktionsfähigkeit und Funktionstüchtigkeit der Rechtspflege	214
aa) Topos und Inhalt der Funktionsfähigkeit und Funktionstüchtigkeit der Rechtsprechung	214
(1) Der Archetypus der Funktionstüchtigkeit der Strafrechtspflege	214
(2) Übertragung auf die anderen Rechtswege	217
bb) Verpflichtungsadressaten der Funktionstüchtigkeit	220
2. Die Prozesszweckverwirklichung – Eine legislative und judikative Aufgabe	221
a) Die legislative Prozesszweckverwirklichung	221
aa) Die Normierung eines Instanzenzugs	223
bb) Die Anordnung von Präklusionen und wirkungsgleichen Obliegenheiten	225
(1) Präklusionsvorschriften	225
(2) Vergleichbare Obliegenheiten	227
cc) Die Anordnung von Prozesskosten	229
(1) Gebühren	229
(2) Sonstige Kosten	231
(3) Kostenschuldner	231
(4) Kostenhöhe und Zumutbarkeit	232
dd) Die Anordnung des Vertretungszwangs	233
ee) Die Verwirklichung des subjektiven und objektiven Rechts	233
ff) Alternative Streitbeilegung	234
(1) Mediation und Vergleichung	234

(2) Das Widerspruchsverfahren als Sachentscheidungs voraussetzung im Verwaltungsprozess	243
gg) Der verwaltungsprozessuale vorläufige Rechtsschutz	243
(1) Konzeption	244
(2) Ausrichtung der Prozessziele	247
b) Die judikative Prozesszweckverwirklichung	247
aa) Grundlegung: Die richterliche Rechtsfindung	247
(1) Gesetzes- und Rechtsbindung der Dritten Gewalt	247
(2) Rechtsfindung als Methodenfrage	248
(3) Die Verwirklichung des Regelungszwecks als Auslegungsziel	249
(4) Die Auslegungsgrundsätze	251
(5) „Rechtsanwendung“ im Lückenbereich und „Rechtskorrekturen“	255
bb) Prozessrechtsanwendung	257
(1) Die Prozesszwecke als Auslegungsziel und Bindung an das Verfahrensrecht	257
(2) Die Prozessrechtsanwendung im Einzelnen	260
IV. Fazit	296
B. Konkretisierung: Besonderheiten des Verwaltungsprozesses und seine effektiv-rechtlichen Vorgaben	297
I. Die Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG	297
1. Überblick	297
2. Die verwaltungsprozessualen Sachentscheidungs voraussetzungen im Lichte des Art. 19 Abs. 4 GG	300
a) Die Antrags- und Klagebefugnis	301
b) Das Rechtsschutzinteresse	302
aa) Das allgemeine Rechtsschutzinteresse	302
(1) Einfachere Rechtsdurchsetzung	303
(2) Sonstige Aberkennung eines Vorteils gerichtlicher Inanspruchnahme	306
bb) Das Feststellungsinteresse	308
II. Der objektive Kontrollauftrag der Verwaltungsgerichtsbarkeit	309
1. Objektive Kontrolle als Konzeption des Rechtsstaatsprinzips	309
2. Ansätze objektiver Kontrolle in der Verwaltungsgerichtsordnung	312
a) Rechtmäßigkeitskontrolle per se	313
b) Altruistische Verbandsklagen	314
c) Musterverfahren	314

d) Rechtsschutz gegen untergesetzliche Rechtsnormen	315
e) Verwaltungsinterne Organstreitigkeiten	317
f) Sonstige Behördenanträge	318
g) Beteiligung des Vertreters des öffentlichen Interesses	318
h) Ausschluss der Übertragung des Rechtsstreits auf den Einzelrichter	319
i) Rechtsmittelrecht	319
III. Gewichtung – Die verwaltungsgerichtliche Prozesszweckkoordinierung	319
§ 5 Prozesskosten	321
§ 6 Die verwaltungsprozessuale Zweck-Mittel-Relation	323
A. Prozessökonomie	323
I. Die Formel	323
II. Charakteristik	323
III. Wirkmodus der Prozessökonomie	325
1. Erscheinungsbild der Kosten-Leistungs-Optimierung	325
2. Die Prozessökonomie in der Rechtssetzung	325
3. Die Prozessökonomie in der Prozessrechtsanwendung	328
B. Die Ökonomische Analyse des Verwaltungsprozessrechts (?)	330
I. Grundkonzeption der Ökonomischen Analyse des Rechts	330
II. Grundsätzliche Kritik am Universalitätsanspruch	332
III. Integration der Ökonomischen Analyse in den verwaltungsgerichtlichen Rechtsfindungsprozess (?)	333
IV. Verbleibender Anwendungsbereich der Ökonomischen Analyse des Prozessrechts – Inspiration statt Rezeption	336
C. Sonstige Interpretationsvarianten der Verfahrenswirtschaftlichkeit	338
I. Unzulässige Gegenüberstellung von Verfahrensaufwand und Streitwert	338
II. Verklammerung der Prozessökonomie mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (?)	339
III. Pflughaupts prozessökonomische Weltformel	340
D. Fazit	340

2. Abschnitt. Kenngrößen effizienter Rechtsprechung	343
§ 7 Geltungsgrund der Prozessökonomie und Verpflichtungsadressaten	345
A. Die sachliche Effizienzverpflichtung – Effizienz als Bestandteil normimmanenter Zielbestimmung	346
B. Formale Begründungsansätze	347
C. Verpflichtungsadressaten	348
I. Gesetzgeber	348
II. Gerichtsbarkeit	349
III. Beteiligte	350
§ 8 Effizienzmessung, Typologie, Wirkmodi und Kontrolle	351
A. Effizienzmessung	351
I. Der maßgebliche Bezugsrahmen	351
1. Sachlich	351
2. Cui bono?	352
II. Die Kombination des Minimal- und Maximalprinzips	352
III. Indikatoren effizienter Rechtsprechung	353
IV. Das Wissensproblem	353
V. Ansätze nachträglicher Evaluierung	355
1. Absolute Messung	355
2. Relative Bewertung	355
B. Typologie und Wirkung	356
I. Die Prozessökonomie als Prinzip	356
II. Verfahrensprinzipien	357
III. Die Wirkung der Prozessökonomie als Verfahrensprinzip – Effizienz als Quelle der Rechtserkenntnis	358
C. Effizienzkontrolle und Sanktionen	360
I. Primäre Effizienz	360
II. Sekundäre Effizienz	361
1. Effizienz und Ermessen	361
2. Bedeutung für Kontrolle und Sanktionen	362

3.	Verbleibende Ansätze für Kontrollen und Sanktionen	364
a)	Allgemeine Kontrollinstrumentarien	364
b)	Insbesondere Rechnungshofkontrolle	364
aa)	Charakterisierung	365
bb)	Ermessensprüfung als Voraussetzung effektiver Effizienzkontrolle	365
cc)	Ausblick	367
3.	Abschnitt. Praktische Vergewisserung der Prozessökonomie – Mustererkennung, Realisierungskonzepte und ausgewählte Fallbeispiele	369
§ 9	Mustererkennung und Realisierungskonzepte	371
A.	Rechtsfrieden und Rechtssicherheit – Individuelle und überindividuelle Verfahrensziele im prozessökonomischen Spannungsverhältnis	371
B.	Ansätze effizienter Zwecksteuerung – Verwaltungsprozessuale Ökonomisierungsmuster	373
I.	Die Bestimmung des wirtschaftlich geeignetsten Prüfungszeitpunkts	373
II.	Fristen-, Fiktions- und Präklusionsanordnungen	374
III.	Aussparung der mündlichen Verhandlung	374
IV.	Auslagerung von Ermittlungsarbeit	376
V.	Unstreitige Verfahrensbeendigung und Kooperation	377
1.	Die Ökonomie der unstreitigen Verfahrensbeendigung und Kooperation – Eine Zielabwägung	377
2.	Der gerichtliche Vergleich	378
3.	Die Erledigung	378
4.	Die Klagerücknahme	378
VI.	Reduzierter Prüfmaßstab	380
VII.	Senkung des Begründungsaufwands	380
VIII.	Verfahrenskonzentration	381
IX.	Gerichtsorganisation	382
X.	Ausgestaltung des Instanzenzugs	383

§ 10 Ausgewählte Fallbeispiele	385
A. Kollegialprinzip und Einzelrichter	385
I. Die gesetzliche Konzeption	385
II. Die Effizienz in der Verfahrenszielrelation	387
B. Die reduzierte Prüfung von Sachentscheidungsvoraussetzungen	388
I. Problemaufriss und Interessenlage	388
II. Würdigung	389
III. Zuordnung zur primären Effizienz	392
C. Nichtanwendung der Anordnung der Subsidiarität der Feststellungsklage	393
I. Intention des § 43 Abs. 2 S. 1 VwGO	393
II. Begründung der Nichtanwendung der Subsidiaritätsklausel	394
1. Zivilprozessualer Seitenblick	394
2. Verwaltungsprozessuale Adaption	395
3. Insbesondere: Die „Ehrenmann-Theorie“	397
a) Position der Rechtsprechung	397
b) Position der Literatur	397
c) Würdigung	398
D. Die prozessökonomische Begründung des Rechtsschutzinteresses und seine Reichweite	399
I. Die Prozessökonomie als tragfähiges Begründungskonzept für Rechtsschutzbegrenzungen	399
II. Die Überbeanspruchung der Prozessökonomie als Begründung des Rechtsschutzausschlusses	401
1. Keine primäre Effizienz	401
2. Keine sekundäre Effizienz	402
III. Rechtsschutzausschluss des Staats	402
IV. Die Prozessökonomie als Begründungsansatz zur Anerkennung eines berechtigten Feststellungsinteresses	402
1. Grundsatz	403
2. Der im Feststellungsinteresse ausgegebene Entlastungsfaktor	403
a) Entlastung mehrerer Folgeverfahren	403
b) Entlastung eines Folgeverfahrens	403
E. Die einfache Beiladung	405
F. Verbindung und Trennung von Verfahren	407

I. Die subjektive Klagehäufung	408
II. Die objektive Klagehäufung	409
1. Kennzeichen und Erscheinungsformen	409
a) Charakterisierung	409
b) Erscheinungsformen	410
aa) Kumulative Klagehäufung	410
bb) Eventuale Klagehäufung	410
2. Der Annexantrag nach § 113 Abs. 1 S. 2 VwGO	411
3. Der Annexantrag nach § 113 Abs. 4 VwGO	412
4. Exemplarisch: Die objektive Klagehäufung im Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Verwaltungsvollstreckung	413
a) Die objektive Klagehäufung nach § 18 Abs. 1 S. 2 VwVG	413
b) Die Anfechtung der Grundverfügung nach Vollstreckung zur Beseitigung eines Leistungsbescheids über die Vollstreckungskosten	414
aa) Problemaufriss	414
bb) Rechtsschutz nach überwiegender Ansicht	415
cc) Rechtsschutz nach einer gelegentlich vertretenen Erledigungslösung	416
(1) Grundannahmen	416
(2) Alternativer Begründungsversuch	417
(3) Prozessuale Konsequenz	417
dd) Würdigung	417
III. Die Widerklage	418
IV. Die Trennung von Klagen – Divide et impera	419
G. Die Durchführung eines Musterverfahrens	420
H. Die Ökonomie des § 47 VwGO	421
I. Der prozessökonomische Effekt der Normenkontrolle und die legislative Intention	421
II. Die Begründung der analogen Anwendung des § 47 Abs. 1 Nr. 1 VwGO	422
1. Vergleichbare Interessenlage	423
2. Planwidrige Regelungslücke	424
3. Meinungsstand und Würdigung	424
a) Mehrheitsmeinung	424
b) Abweichende Auffassung	425
III. Die Fristbindung	427

I. Die ökonomische Bestimmung des maßgeblichen Zeitpunkts für die Entscheidung über die Begründetheit der Anfechtungsklage	428
I. Exkurs: Die materiell-rechtliche Dimension	428
II. Die prozessrechtliche Dimension	429
1. Zeitpunkt der behördlichen Entscheidung	430
2. Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung oder der gerichtlichen Entscheidung	430
3. Wertung	431
J. Effizienzsteigerung durch Externalisierung der Sachaufklärung	433
I. Wirkungsweise	433
II. Heranziehung der Beteiligten bei der Sachverhaltsaufklärung nach § 86 Abs. 1 S. 1 Hs. 2 VwGO	433
III. Begrenzung des Aufklärungsaufwands im Rahmen der Anfechtungsklage	434
1. § 113 Abs. 3 VwGO	434
2. § 113 Abs. 2 S. 2 VwGO	434
IV. Begrenzung des Aufklärungsaufwands im Rahmen der Verpflichtungsklage	435
K. Die Klageänderung	436
Schlussbemerkung	439
Ergebnisse	441
Literaturverzeichnis	455

